



Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

**Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit -
Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln**

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Rat	09.02.2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwendung von je 22.500 € für die „Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln‘ inkl. Technikkosten etc.“ für die Jahre 2023 und 2024 aus dem Fördertopf Antirassismus-/ Antidiskriminierungsarbeit. Die produzierten Filminterviews mit den Überlebenden des Nagelbombenanschlages sollen jeweils am Jahrestag 9. Juni der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____ €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input checked="" type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	<u>2023/ 22.500</u>	
		<u>2024/22.500</u>	€
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €
c) bilanzielle Abschreibungen	_____ €

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge	_____ €
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____ €

Einsparungen:**ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €

Beginn, Dauer _____

Auswirkungen auf den Klimaschutz

- Nein
- Ja, positiv (Erläuterung siehe Begründung)
- Ja, negativ (Erläuterung siehe Begründung)

Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit -Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln

Zusammenfassung in einfacher Sprache:

Der Integrationsrat bittet den Rat, die „Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln“ zu fördern. Für 2023 und 2024 soll hierfür Geld aus dem Fördertopf „Antirassismus-/ Antidiskriminierungsarbeit“ genutzt werden. Die Filmgespräche mit den Überlebenden des Anschlages sollen jedes Jahr am 9. Juni interessierten Menschen gezeigt werden.

Einzelne Projekte aus diesem Fördertopf sollen immer nur höchstens 10.000 Euro kosten. So wurde es in der Richtlinie vom Rat beschlossen. Da die Erstellung der Filmgespräche sehr viel mehr kostet, muss der Rat darüber entscheiden.

Begründung:

In seiner Sitzung am 17.01.2023 hat der Integrationsrat einstimmig den folgenden Beschluss gefasst:

„Der Integrationsrat bittet den Rat um folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwendung von je 22.500 € für die „Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln‘ inkl. Technikkosten etc.“ für die Jahre 2023 und 2024 aus dem Fördertopf Antirassismus-/ Antidiskriminierungsarbeit. Die produzierten Filminterviews mit den Überlebenden des Nagelbombenanschlages sollen jeweils am Jahrestag 9. Juni der Öffentlichkeit präsentiert werden.“

Gemäß Hauptsatzung der Stadt Köln hat der Rat dem Integrationsrat Mittel zugewiesen, über deren Verteilung der Integrationsrat nach einer vom Rat beschlossenen Richtlinie zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz entscheidet.

Es stehen Mittel für Antirassismustraining sowie aus dem Fördertopf Antirassismus-/Antidiskriminierungsarbeit in den Jahren 2023 und 2024 jeweils insgesamt 150.000 € zur Verfügung. Hiervon wurden 100.000 € über den politischen Veränderungsnachweis zugesetzt.

Ein Betrag von jeweils 22.500 € soll in den Jahren 2023 und 2024 zur Produktion von filmischen Portraits der von den NSU-Anschlägen unmittelbar betroffenen Personen eingesetzt werden.

Eine Pilotproduktion „Filminterviews mit Überlebenden des Nagelbombenanschlags“ ist unter der Federführung von Prof. Ulf Aminde bereits erfolgt. Die Ergebnisse wurden am 9. Juni 2022 auf einer Veranstaltung des Integrationsrates in Kooperation mit dem Schauspielhaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Es sollen nun weitere Zeitzeug*innen-Gespräche gefilmt, geschnitten und übersetzt werden. Dies soll die filmische Grundlage für einen Lern- und Erinnerungsort am geplanten Mahnmal an der Keupstraße / Ecke Schanzenstraße und auch die Grundlage für ein zu erstellendes Filmarchiv zu den beiden durch den NSU begangenen Bombenanschlägen in Köln werden.

Die Förderung einzelner Projekte aufgrund der vom Rat beschlossenen Richtlinie soll maximal 10.000 Euro betragen. Da die Einzelförderhöhe hier abweichend von der Richtlinie deutlich überschritten wird, obliegt die Entscheidung dem Rat.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der vorliegende Antrag aus dem Integrationsrat entspricht den Zielen aus der Förderrichtlinie für rassismuskritische Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz.

In den Haushaltsjahren 2023 und 2024 stehen jeweils 150.000 € als Mittel für Antirassismustraining/ Fördertopf Antirassismus-/Antidiskriminierungsarbeit zur Verfügung. Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung vom 17.01.2023 – in einem ersten Schritt – bereits über die Verteilung von Mitteln i.H.v. 103.427 € im Haushaltsjahr 2023 entschieden (Vorlage 4282/2022).

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung i.H.v. 22.500 € steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Begründung der Dringlichkeit:

Um die geplanten Interviews fortführen und bis zum 09. Juni 2023 produzieren zu

können, ist eine Entscheidung des Rates in seiner nächsten Sitzung am 09.02.2023 zwingend erforderlich. Der Integrationsrat hat hierüber in seiner Sitzung am 17.01.2023 entschieden. Aufgrund der verwaltungsinternen Prüfung hinsichtlich der Übereinstimmung der Mittelverwendung mit den Zielen der Förderrichtlinie konnte die Vorlage nicht frühzeitig der Politik vorgelegt werden.

Anlagen:

Antrag zur Sitzung des Integrationsrates am 17.01.2023 AN/0002/2023 Antrag zur Filmproduktion ZeitzeugInnen

Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung des Integrationsrates am 17.01.2023